

Der Stadtverordnetenvorsteher



Niederschrift

über die 12. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark (Sitzung Nr. 5/2017)

am Dienstag, 05.09.2017, um 19:30 Uhr
in Halle Urberach (Mehrzweckraum), Am Schellbusch 1

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Herr Werner Popp
Herr Manfred Rädlein
Frau Mona Reusch
Herr Michael Uhe-Wilhelm
Frau Karin von der Lühe
Herr Sven Sulzmann
Frau Stefanie Arnheiter
Frau Brigitte Beldermann
Herr Christian-David Bombelka
Frau Martina Brehm
Herr Jürgen Breslein
Herr Reimund Butz
Frau Jutta Catta
Herr Hans-Jürgen Daum
Frau Nina Daum
Herr Samuel Diekmann
Frau Adrienne Erkelenz
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Dr. Alexander Görlich
Herr Franz Keck
Herr Tobias Kruger
Herr Siegfried Kupczok
Frau Christiane Lotz
Herr Stephan Menzel

Herr Herbert Schneider
Herr Peter Schröder
Frau Andrea Schülner
Herr Norbert Schultheis
Herr Hans Sulzmann
Herr Aaron von Soosten-Höllings
Herr Dr. Rüdiger Werner
Frau Zahide Demiral
Herr Bernd Koop
Frau Susanne Morian
Herr Günter Bihn
Frau Sandra Mahuletz

Es fehlen:

Herr Hans Gensert	entschuldigt
Frau Perihan Demirdöven	entschuldigt
Herr Gerd Gries	entschuldigt
Herr Ralph Hartung	entschuldigt
Herr Hidir Karademir	entschuldigt
Frau Yeliz Karademir	entschuldigt
Herr Oliver Kempf	entschuldigt
Herr Dieter Rebel	entschuldigt
Herr Gerhard Schickel	entschuldigt
Frau Isabelle Schrod	entschuldigt
Herr Michael Spieß	entschuldigt
Herr Jochen Weiland	entschuldigt
Herr Jochen Zeller	entschuldigt

Zuhörer:

27

Tagesordnung:

- TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- TOP 2 Mitteilungen des Magistrats
- TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 3.1 Mietpreis- und Kaufpreisentwicklung in Rödermark bei Wohnungen und Häusern der letzten zehn Jahre (Anfrage)
Vorlage: SPD/0179/17
- TOP 3.2 Kreisel Schillerstraße/ Nikolaus-Schwarzkopf-Straße (Anfrage)
Vorlage: SPD/0180/17
- TOP 3.3 Schulkinder in Rödermark (Anfrage)
Vorlage: FWR/0182/17
- TOP 3.4 Straßenzustandskataster (Anfrage)
Vorlage: FWR/0183/17
- TOP 3.5 Vereinsförderung (Anfrage)
Vorlage: FWR/0184/17
- TOP 3.6 Hessenkasse (Anfrage)
Vorlage: FDP/0185/17
- TOP 3.7 Sachstand: Bürgertreff Waldacker (Anfrage)
Vorlage: FDP/0186/17
- TOP 3.8 Rechtsberatungskosten der Stadt Rödermark (Anfrage)
Vorlage: FDP/0187/17
- TOP 3.9 Hessen schafft die Kita-Gebühren ab (Anfrage)
Vorlage: SPD/0203/17
- TOP 4 Neuwahl des Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Rödermark I (Ober-Roden)
Vorlage: VO/0168/17
- TOP 5 1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Rödermark
- Feuerwehrsatzung -
Vorlage: VO/0120/17
- TOP 6 Bewerbung auf das Bund-Länder-Förderprogramm "Zukunft Stadtgrün"
Vorlage: VO/0163/17
- TOP 7 Antrag der Fraktion FWR: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FWR/0087/17
- TOP 7.1 Konkurrierender Hauptantrag der FDP-Fraktion: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FDP/0111/17
- TOP 7.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Stadtpark die "Grüne Mitte"
Vorlage: CAL/0087_1/17
- TOP 7.3 Interfraktioneller Antrag: Die Grüne Mitte
Vorlage: IFA/0202/17

- TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Sicherung der Grünen Mitte
Vorlage: CAL/0133/17
- TOP 8.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sicherung der Grünen Mitte
Vorlage: SPD/0133_1/17
- TOP 9 Antrag der FDP-Fraktion: Räumliche Definition der "Grünen Mitte"
Vorlage: FDP/0177/17
- TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion: Rahmenplanung Grüne Mitte
Vorlage: SPD/0178/17
- TOP 11 Antrag der SPD-Fraktion: Sofortprogramm für die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum in Rödermark
Vorlage: SPD/0125/17
- TOP 12 Antrag der FDP-Fraktion: Ausschreibungsbedingungen für den Integrationsförderpreis optimieren
Vorlage: FDP/0132/17
- TOP 13 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Bestandsgebiete östlich und westlich der Odenwaldstraße in "Urbanes Gebiet" entwickeln
Vorlage: CAL/0134/17
- TOP 13.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Bestandsgebiete östlich und westlich der Odenwaldstraße in "Urbanes Gebiet" entwickeln
Vorlage: SPD/0134_1/17
- TOP 14 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"
Vorlage: CAL/0135/17
- TOP 14.1 Neufassung Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"
Vorlage: FDP/0135_2/17
- TOP 15 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Kapellenstraße"
Vorlage: CAL/0136/17
- TOP 15.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Gewerbegebiet "Kapellenstraße"
Vorlage: SPD/0136_1/17
- TOP 16 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Wohnungsbau im Bestand
Vorlage: CAL/0137/17
- TOP 16.1 Neufassung FWR-Änderungsantrag zum CDU/AL-Antrag: "Wohnungsbau im Bestand"
Vorlage: FWR/0137_2/17

Protokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Feststellung der Tagesordnung:

Im Ältestenrat wurden für die heutige Sitzung folgende Festlegungen getroffen:

- **TOP 5** Die Abstimmung soll ohne Aussprache erfolgen.
- **TOP 6** Die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt soll unter TO A erfolgen.
- **TOP 7, 8 und 10** Zu diesen Tagesordnungspunkten wurde ein interfraktioneller Änderungsantrag vorgelegt.
- **TOP 9.1** Der Antrag der FDP-Fraktion bleibt im Geschäftsgang und wird geschoben.
- **TOP 12** Der Antrag der FDP-Fraktion wurde zurückgezogen.
- **TOP 13.1 und 15.1** Zu diesen Tagesordnungspunkten hat die SPD-Fraktion Änderungsanträge vorgelegt
- **TOP 15 und 16** Zu diesen Tagesordnungspunkten wurden Austausch-Änderungsanträge vorgelegt.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet die Stadtverordneten um ihr Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt 6 unter TO A abzustimmen.

Nachdem sich kein Widerspruch erhebt, lässt er über den Tagesordnungspunkt 6 unter TO A abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Genehmigung der letzten Niederschrift:

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 27.06.2017 so dass diese als genehmigt gilt.

Mitteilungen des Stadtverordnetenvorsteher:

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann informiert darüber, dass am 08. November eine Bürgerversammlung zum Thema „Straßenbeitragssatzung“ in der Kulturhalle geplant sei.

Seit der letzten Stadtverordnetenversammlung gab es folgende Geburts-tage:

2	Juli	Tobias Kruger (38)
9	Juli	Reimund Butz (66)
17	Juli	Mona Reusch (53)
29	Juli	Isabelle Schrod (23)
11	August	Oliver Kempf (52)
1	September	Nina Daum (34)
3	September	Anna-Monika Gierszewski (70)

Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert nachträglich zu den Geburts-tagen.

Auf den Tischen ausgelegt finden die Stadtverordneten vor:

- Austauschanlage zu TOP 5 „1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Rödermark“
- Interfraktioneller Änderungsantrag (TOP 7.3) zu den Tagesordnungspunkten TOP 7, 8 und 10 zur Thematik „Grüne Mitte“
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 13 „Bestandsgebiete östlich und westlich der Odenwaldstraße in „Urbanes Gebiet“ entwickeln“
- Konkurrierender Hauptantrag der FDP-Fraktion zu TOP 14.1 „Gewerbegebiet Hainchesbuckel“
- Austauschantrag der CDU-Fraktion und Fraktion AL/Die Grünen zu TOP 15 „Gewerbegebiet Kapellenstraße“
- Änderungsantrag der SDP-Fraktion zu TOP 15.1 „Gewerbegebiet Kapellenstraße“
- Austauschantrag der CDU-Fraktion und Fraktion AL/Die Grünen zu TOP 16 „Wohnungsbau im Bestand“

Ebenso finden die Stadtverordneten auf den Tischen eine Mitteilung

- zur Bewilligung außerplanmäßiger Ausgaben durch den Magistrat vor.

zu 2

Mitteilungen des Magistrats

Die Mitteilungen des Magistrats sind dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen Anfragen zur Beantwortung in dieser Stadtverordnetenversammlung vor.

zu 3.1 Mietpreis- und Kaufpreisentwicklung in Rödermark bei Wohnungen und Häusern der letzten zehn Jahre (Anfrage)
Vorlage: SPD/0179/17

Die Anfrage „Mietpreis- und Kaufpreisentwicklung“ wird zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.

zu 3.2 Kreisel Schillerstraße/ Nikolaus-Schwarzkopf-Straße (Anfrage)
Vorlage: SPD/0180/17

Die Anfrage „Kreisel Schillerstraße/Nikolaus-Schwarzkopf-Straße“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 3.3 Schulkinder in Rödermark (Anfrage)
Vorlage: FWR/0182/17

Die Anfrage „Schulkinder in Rödermark“ wird zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.

zu 3.4 Straßenzustandskataster (Anfrage)
Vorlage: FWR/0183/17

Die Anfrage „Straßenkataster“ wird zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.

zu 3.5 Vereinsförderung (Anfrage)
Vorlage: FWR/0184/17

Die Anfrage „Vereinsförderung“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 3.6 Hessenkasse (Anfrage)
Vorlage: FDP/0185/17

Die Anfrage „Hessenkasse“ wurde durch entsprechende Mitteilungen des Magistrates unter TOP 2 beantwortet.

zu 3.7 Sachstand: Bürgertreff Waldacker (Anfrage)
Vorlage: FDP/0186/17

Die Anfrage „Sachstand: Bürgertreff Waldacker“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 3.8 Rechtsberatungskosten der Stadt Rödermark (Anfrage)
Vorlage: FDP/0187/17

Die Anfrage „Rechtsberatungskosten der Stadt“ wurde im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 3.9 Hessen schafft die Kita-Gebühren ab (Anfrage)
Vorlage: SPD/0203/17

Die Anfrage „Gebührenfreie Kindergartenplätze“ wurde durch entsprechende Mitteilungen des Magistrates unter TOP 2 beantwortet.

zu 4 Neuwahl des Ortsgerichtsvorstechers für das Ortsgericht Rödermark I (Ober-Roden)
Vorlage: VO/0168/17

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet um Vorschläge aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtverordnete Gensert (CDU) schlägt den derzeitigen stellvertretenen Ortsgerichtsvorsteher; Herrn Michael Gotta, als Kandidaten vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass die Wahl gemäß den Bestimmungen des § 7 OrtsGG in Verbindung mit § 55 HGO als Mehrheitswahl durchzuführen ist. Die Wahl kann – wenn niemand widerspricht – in offener Abstimmung erfolgen. Zur Wahl bedarf es der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten, also mindestens 20 Stimmen.

Nachdem niemand widerspricht, lässt der Stadtverordnetenvorsteher offen abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Direktor des Amtsgerichts Langen die Ernennung von Herrn Michael Gotta zum Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Rödermark I (Ober-Roden) vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (10), AL/Die Grünen (8), SPD (2), FWR (3), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

- zu 5 1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Rödermark**
- Feuerwehrsatzung -
Vorlage: VO/0120/17

Die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur 1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Rödermark - Feuerwehrsatzung- gemäß dem beigefügten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (10), AL/Die Grünen (8), SPD (2), FWR (3), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

- zu 6 Bewerbung auf das Bund-Länder-Förderprogramm "Zukunft Stadtgrün"**
Vorlage: VO/0163/17

Die Abstimmung des Tagesordnungspunktes erfolgt unter TO A.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Rödermark bewirbt sich um die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ mit dem in der Anlage dargestellten Fördergebiet.

(Vorab: MAGI Beschluss; bis zum 08. September nachzureichen: STAVO-Beschluss) Die erforderlichen Antragsunterlagen sollen nach positiver Beschlussfassung im Magistrat fristgerecht bis zum 18. August 2017 eingereicht werden.

Im Falle eines Zuwendungsbescheides wird von der Stadt ein „Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept“ (ISEK) erstellt wird und eine „Lokale Partnerschaft“ aufgebaut bzw. den Nachweis einer bereits bestehenden lokalen Partnerschaft erbracht wird. (STAVO-Beschluss)

Weiterhin sichert die Stadt für den Fall des Erhalts eines Zuwendungsbescheides die ämterübergreifende Zusammenarbeit bei der Erstellung des ISEK und bei der Durchführung der Geamtmaßnahme zu (verbindliche Mitwirkung der für Städtebau, Grünflächen, Umwelt, Naturschutz und Klimaschutz zuständigen Ämter).
(STAVO-Beschluss)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU (10), AL/Die Grünen (8), SPD (2), FWR (3), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 7 Antrag der Fraktion FWR: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FWR/0087/17

Der Antrag wird durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 7.3 ersetzt.

zu 7.1 Konkurrierender Hauptantrag der FDP-Fraktion: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FDP/0111/17

Der Antrag wird durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 7.3 ersetzt.

zu 7.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Stadtpark die "Grüne Mitte"
Vorlage: CAL/0087_1/17

Der Antrag wird durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 7.3 ersetzt.

zu 7.3 Interfraktioneller Antrag: Die Grüne Mitte
Vorlage: IFA/0202/17

Bereits im Rahmen der Ausschussberatungen haben sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen interfraktionellen Antrag verständigt. Dieser ersetzt die Anträge zu den Tagesordnungspunkten TOP 7, TOP 8 und TOP 10.
Alle Fraktionen nehmen hierzu Stellung. Im Anschluss lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Zur Erstellung des Rödermarkplans soll Umfang und Funktion der Grünen Mitte definiert werden und die Grundzüge einer Konzeption für diesen Bereich erstellt werden.

Der gesamte Bereich zwischen den Stadtteilen Urberach und Ober-Roden soll mit einer Funktion- und Nutzungsbestimmung versehen werden. Auf der Basis solcher Definitionen sind entsprechende Planungen einzuleiten.

Ökologische Ausgleichsflächen, die nicht innerhalb anderer Plangebiete dargestellt werden können, werden schwerpunktmaßig in der Grünen Mitte ausgewiesen. Dies soll durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgelegt werden.

Mittels lokaler raumplanerischer Maßnahmen soll die Grüne Mitte als Freifläche die Naturräume zwischen Messenhausen / Waldacker sowie BSC Sportplatz/Eichenbühi dauerhaft verbinden.

Das Ideen und Entwicklungskonzept „Grüne Mitte“ Rödermark soll erneut aufgegriffen und als Material in die Diskussion einbezogen werden.

Es ist ein Zeitrahmen für die Realisierung des Projektes zu bestimmen. Die Untersuchungen sollen folgende Themenbereiche umfassen:

1. Naturschutz
 - a. Entwicklung des Naturraumes zwischen den beiden Stadtteilen seit Beschlussfassung über die „Grüne Mitte“
 - b. Darstellung der Situation der Landwirtschaft in diesem Bereich
 - c. Darstellung möglicher Konfliktpotentiale zwischen Freizeitnutzungen aller Art und dem Naturschutz
2. Hochwasserschutz
 - a. Aktueller Stand der Renaturierungs-Maßnahmen der Rodau
 - b. Möglichkeiten zur Weiterführung der Maßnahme
 - c. Waren die damaligen Prognosen zum Hochwasserschutz realistisch?
3. Freizeitqualität der „Grünen Mitte“
 - a. Beschreibung der „Grünen Mitte“ als Freizeit- und Naherholungsraum für die Bevölkerung
 - b. Derzeitige und zukünftige Nutzung von Weidenkirche, Kleingärten, Kleingärtenanlage und Kinder- und Jugendfarm
 - c. Darstellung etwaiger Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich dieser Nutzungen
 - d. Erfahrungen und Möglichkeiten für die Durchführung von Festen in diesem Areal
 - e. Beschreibung und Entwicklungsmöglichkeiten für Sportstätten zwischen den beiden Stadtteilen.
4. Das Areal zwischen Urberach und Ober-Roden im Rahmen der Stadtentwicklung
 - a. Einbeziehung der „Perlite-Planung“ in die weitere Gestaltung
 - b. Weitere Gestaltung und Einbeziehung des Areals am Badehaus
 - c. Mögliche Gewinnung von „Ökopunkten“ für erforderliche Ausgleichsmaßnahmen bei der Durchführung von Bauleitplanungen an andren Stellen im Stadtgebiet. Die Schaffung ökologischer Ausgleichsflächen

- innerhalb des untersuchten Gebietes, auch als Ausgleich für Planungen im gesamten Stadtgebiet, soll bewertet und dargestellt werden.
- d. Planerische Bewertung des Areals zwischen Urberach und Ober-Roden insbesondere im Hinblick auf Darstellungen des Regionalen Flächennutzungsplanes sowie unter Berücksichtigung weiterer bestehender planerischer Festsetzungen.
 - e. Die Möglichkeit der Einrichtung eines naturnahen Stadtparkes soll in diese Überlegungen mit einbezogen werden. Für alle Freiflächen zwischen Waldacker/ Messenhausen und dem BSC Sportplatz/Eichenbühl korrespondierende Überlegungen anzustellen.
 - f. Planerische Positionsbestimmung des Areals zwischen Ober-Roden und Urberach für die weitere Entwicklung der Stadt und insbesondere für die grundsätzlichen städtebaulichen Aussagen des Rödermark-Plans.
5. Verbindungsweg zwischen Urberach und Ober-Roden
- a. Darstellung und Beschreibung des Ist-Zustandes für Fußgänger und Fahrradfahrer
 - b. Ausblick und Perspektive für die weitere Vorgehensweise

Im Rödermark-Plan-Prozess soll zuerst die Grüne Mitte untersucht werden. Hierzu wird auch ein Stadtplaner hinzugezogen.

Die Definition der Grünen Mitte soll in einem absehbaren Zeitfenster (6 bis 9 Monate) beendet werden. Danach wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse in einem weiteren Abschnitt des Rödermark-Plan-Prozesses entschieden, in welchem Umfang und wo weitere Wohnungsbau stattfinden kann.

Die Stadtverordnete Daum nimmt nicht an der Abstimmung zu TOP 7.3 teil.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU (10), AL/Die Grünen (7), SPD (2), FWR (3), FDP (4)
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 8 Antrag der CDU-Faktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Sicherung der Grünen Mitte
Vorlage: CAL/0133/17

Der Antrag wird durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 7.3 ersetzt.

zu 8.1 Änderungsantrag der SPD-Faktion: Sicherung der Grünen Mitte

Vorlage: SPD/0133_1/17

Der Antrag wird durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 7.3 ersetzt.

zu 9

Antrag der FDP-Fraktion: Räumliche Definition der "Grünen Mitte"

Vorlage: FDP/0177/17

Der Antrag wird zurückgestellt und in eine der kommenden Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

zu 10

Antrag der SPD-Fraktion: Rahmenplanung Grüne Mitte

Vorlage: SPD/0178/17

Der Antrag wird durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 7.3 ersetzt.

zu 11

Antrag der SPD-Fraktion: Sofortprogramm für die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum in Rödermark

Vorlage: SPD/0125/17

Der Stadtverordnete Schultheis begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Nach weiteren Stellungnahme aller Fraktionen erfolgt die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Rödermark strebt an, mittelfristig, d.h. bis zum Jahr 2021, die planerischen Voraussetzungen für den Bau von Wohnungen für mindestens 1500 Personen zu schaffen.
2. Der Magistrat wird daher beauftragt, im Vorfeld der Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes mögliche Flächen innerhalb des Stadtgebiets darzustellen, die sich kurzfristig als Wohnbauflächen mobilisieren lassen.
3. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt, zur Erreichung des unter 1. genannten Ziels, ausreichend neue Wohnbauflächen innerhalb des Stadtgebietes vorzuschlagen.
4. Der Magistrat wird erneut beauftragt, mit Wohnungsbaugesellschaften zu verhandeln, um einen Teil der neuen Wohnbauflächen öffentlich gefördert als
Geschoswohnungsbau zu errichten.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung:	SPD (2), FDP (4)
Ablehnung:	CDU (10), AL/Die Grünen (8)
Enthaltung:	FWR (3)

- zu 12 Antrag der FDP-Fraktion: Ausschreibungsbedingungen für den Integrationsförderpreis optimieren**
Vorlage: FDP/0132/17

Der Antrag wird zurückgezogen.

- zu 13 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Bestandsgebiete östlich und westlich der Odenwaldstraße in "Urbanes Gebiet" entwickeln**
Vorlage: CAL/0134/17

Auf der Grundlage der Ausschussberatungen wird der Beschlussvorschlag um den letzten Absatz erweitert. Ebenso werden im vorletzten Absatz die Worte „nach Möglichkeit“ eingefügt.
Vertreter aller Fraktionen nehmen vor der Abstimmung Stellung zum Sachverhalt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, den Bereich des Bebauungsplans A 27 „Gewerbegebiet östlich der Odenwaldstraße“ sowie westlich der Odenwaldstraße / südlich Elisabethenstraße / nördlich Max-Planck-Straße ganz oder teilweise zu überplanen, mit dem Ziel, der Schaffung eines modernen urbanen Stadtviertels mit dem Nebeneinander von Wohnen, Gewerbe und sozialen Einrichtungen.

Es wird daher eine Festsetzung gemäß § 6a Absatz Baunutzungsverordnung angestrebt (urbanes Gebiet). Der Wohnungsbau und die Errichtung sozialer Einrichtungen werden bauplanungsrechtlich erleichtert. Gewerbebetriebe bleiben auch in einem „Urbanen Gebiet“ gemäß § 6a Absatz 2 Nummer 4 Baunutzungsverordnung weiterhin zulässig.

Der Bestand an Gewerbebetrieben ist daher zu sichern. Ebenso ist die Ausbau- und Erweiterungsfähigkeit des Gewerbes zu gewährleisten. Von den Möglichkeiten der hierzu speziell abgeänderten TA Lärm ist gegebenenfalls Gebrauch zu machen.

Weiter soll ermittelt werden, ob andere Areale zur Überplanung in diesem Sinne in Betracht kommen.

Ökologische Ausgleichsmaßnahmen, die in dem Plangebiet nicht darstellbar sind, finden nach Möglichkeit in der Grünen Mitte statt.

Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Abschöpfung planungsbedingter Bodenwertsteigerungen auf Grundlage städtebaulicher Verträge zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: CDU (10), AL/Die Grünen (8), SPD (2), FWR (3)

Ablehnung: /

Enthaltung: FDP (4)

zu 13.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Bestandsgebiete östlich und westlich der Odenwaldstraße in "Urbanes Gebiet" entwickeln
Vorlage: SPD/0134_1/17

Aufgrund der inhaltlichen Abänderung des Hauptantrages (TOP 13) wird der Änderungsantrag obsolet.

zu 14 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"
Vorlage: CAL/0135/17

Nach einführenden Begründungen der Stadtverordneten Gerl und Gensert zum Hauptantrag (TOP 14) und des Stadtverordneten Kruger zum konkurrierenden Hauptantrag (TOP 14.1) entwickelt sich eine intensiv geführte Diskussion.

Auf eine die CDU-Fraktion und Fraktion der Anderen Liste / Die Grünen angreifende Wortäußerung des Stadtverordneten Kruger wird dieser durch den Stadtverordnetenvorsteher aufgefordert solche Angriffe zukünftig zu unterlassen. Der Stadtverordnete Butz beantragt die Aussprache einer Rüge für die gemachte Bemerkung. Diesem Antrag folgt der Stadtverordnetenvorsteher nicht, da er bereits gehandelt habe.

In der Folge lässt der Stadtverordnetenvorsteher zuerst über den konkurrierenden Hauptantrag und dann über den Hauptantrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, den Bereich am Hainchesbuckel unter folgenden Maßgaben als Gewerbegebiet zu entwickeln.

- Das bisher vorgesehene Gewerbegebiet wird in nördlicher Richtung mit notwendigen Abstandsflächen bis zur Waldgrenze erweitert.
- Der naturschutzrechtliche Flächenausgleich ist innerhalb des Plangebietes darzustellen.
- Die Erschließung soll über eine durch das Gebiet führende Straße, die ungefähr in halber Höhe auf die Messenhäuser Straße einmündet, erfolgen.
- Es ist eine über ein städtisches Grundstück führende Umfahrung der Messenhäuser Kapelle vorgesehen. Auch dies soll Gegenstand eines Bebauungsplanes sein.
- Städtebauliche Aufwertung des Areals um die Kapelle. Hier ist ein Konzept vorzulegen und gegebenenfalls Regelungen in dem Bebauungsplan vorzusehen.
- Die naturschutzrechtliche Ausgleichsfläche ist nach Möglichkeit mit anderen Naturräumen zu vernetzen.
- Für das Recyclingunternehmen werden die notwendigen auch bauplanungsrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen geschaffen.
- Soweit eine Legalisierung nicht möglich ist, sind illegale Zustände zu

- beseitigen. Hierzu ist ein mit allen Behörden abgestimmtes Maßnahmenkonzept vorzulegen.
- Im Abweichungsverfahren beim Regionalverband ist darauf hinzuwirken, dass die Stadt Rödermark, trotz Erweiterung des Plangebietes keine Optionsflächen an anderer Stelle abgeben muss.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: CDU (10), AL/Die Grünen (8), SPD (2), FWR (2)
Ablehnung: FDP (4)
Enthaltung: FWR (1)

zu 14.1 Konkurrierender Hauptantrag der FDP-Fraktion: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"

Vorlage: FDP/0135_2/17

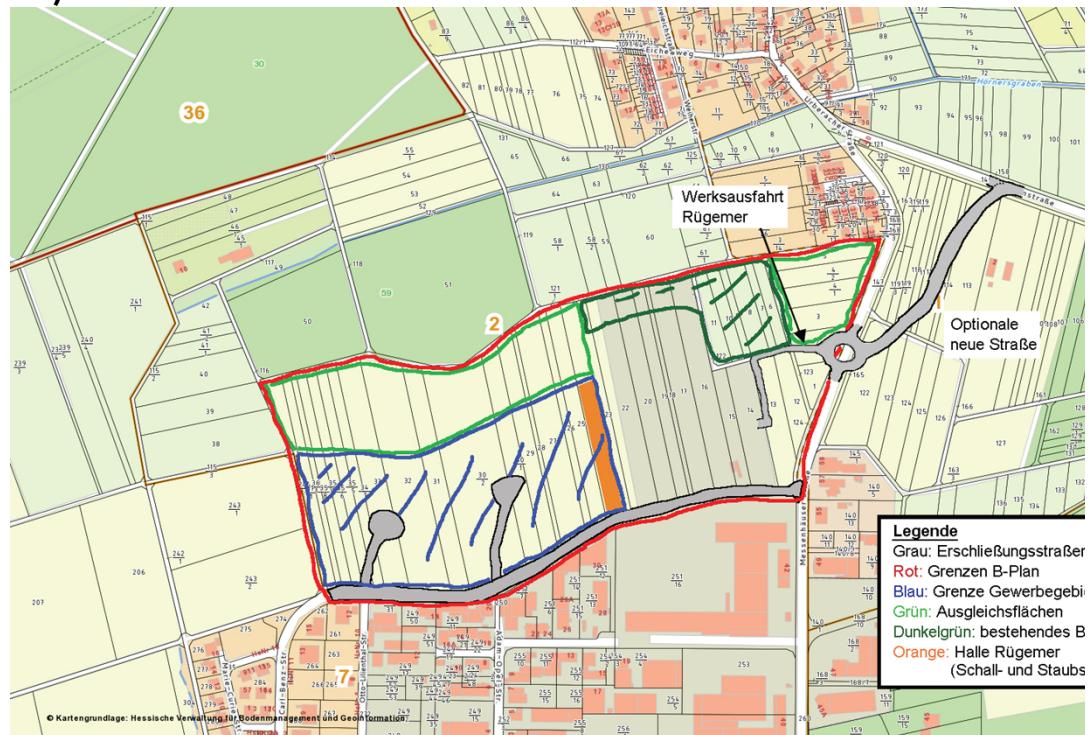
Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, das Gebiet „Hainchesbuckel“ unter folgenden Maßgaben unverzüglich zu entwickeln.

1. Das bisher vorgesehene Gewerbegebiet „Hainchesbuckel“ wird in nördlicher Richtung mit den notwendigen Abstandsflächen größtmöglich und im Einvernehmen mit den Anliegern erweitert. Das Gewerbegebiet umfasst die Flurstücke 24- bis 37/1, Flur 2, Rödermark-Messenhausen. Von den insgesamt 8,2 ha sollen etwa 2/3 als Gewerbefläche schnellstmöglich entwickelt werden.
2. Das bestehende Recyclingunternehmen soll an seinem angestammten Platz weiterhin uneingeschränkt bestehen bleiben. Dafür ist eine geeignete und den Betrieb sichernde baurechtliche Nutzung nach BauNVO vorzusehen, beispielsweise „Sondergebiet Recyclingbetrieb“.
3. Der naturschutzrechtliche Flächenausgleich wird innerhalb des Plangebietes dargestellt. Nach Möglichkeit soll sich dieser nahtlos an den bestehenden Grün-/Baumzug oberhalb des Recyclingplatzes nach Westen in maximaler Ausdehnung und in ökologischer Fortschreibung bis zum Waldbeginn anschließen. Nach Möglichkeit ist diese Maßnahme mit anderen Naturräumen zu vernetzen.
4. Die verkehrliche Erschließung des neuen Gewerbegebietes soll im Wesentlichen durch den Ausbau bzw. die Ertüchtigung der Verbindung von der Messenhäuser Straße auf die Kreuzung der Carl-Benz-Straße und Adam-Opel-Straße dargestellt werden. Diese neue Erschließungsstraße soll – falls notwendig - seitens des anliegenden Recyclingunternehmens (in seinem Anliegerbereich) durch eine eigenfinanzierte Lärmschutzmaßnahme in Richtung der südlich gelegenen Bebauung ergänzt werden.

5. Mit der Errichtung einer privaten Werkszufahrt auf die Messenhäuser Straße/Urberacher Straße durch und auf Kosten des anliegenden Recyclingbetriebes soll eine Verschmutzungsverminderung der Messenhäuser Straße sowie ein geordneter Aus- und Zufahrerverkehr zukünftig sichergestellt werden. Für diese Werkszufahrt sollen nach Möglichkeit die vorhandene Wegeparzelle 122 sowie das Flurstück 2 genutzt werden.
6. Durch die Errichtung eines faktisch lärm- und verschmutzungsmindernden Bauwerkes (Lagerhalle, Betriebshalle, Fahrzeughalle oder einer ähnlich) westlich des bestehenden Recyclingplatzes durch dessen Eigentümer ist eine physische „Trennung“ zum neuen Gewerbegebiet „Hainchesbuckel“ zum bestehenden Recyclingplatz planerisch sicherzustellen.
7. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine Umfahrung der Messenhäuser Kapelle durch Errichtung einer Stichstraße möglich ist. Ist diese Straße darstellbar, soll auch sie Gegenstand eines Bebauungsplanes sein. Die Stichstraße soll ungefähr in Höhe der Wegeparzelle 166, Flur 1, Rödermark-Messenshausen, auf die Urberacher Straße/Messenhäuser Straße treffen. Zur städtebaulichen Aufwertung des Areals um die Kapelle ist ein Konzept vorzulegen und dazu gegebenenfalls Regelungen in dem Bebauungsplan vorzusehen.
8. Im Abweichungsverfahren beim Regionalverband ist nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass die Stadt Rödermark, trotz Erweiterung des Plangebietes, keine Optionsflächen an anderer Stelle abgeben muss.

Planskizze zur vereinfachten Visualisierung (nicht Bestandteil des Beschlusses):



<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Zustimmung:	FDP (4)
Ablehnung:	CDU (10), AL/Die Grünen (8), SPD (2), FWR (2)
Enthaltung:	FWR (1)

zu 15 Antrag der CDU-Faktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Kapellenstraße"
Vorlage: CAL/0136/17

Nach Begründungen bzw. Stellungnahmen der Fraktionen lässt der Stadtverordnetenvorsteher zuerst über den Hauptantrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, um den gesamten Bereich Kapellenstraße- Rödermarkring- Friedhof als Gewerbegebiet auszuweisen. Ausgenommen hiervon wird der Bereich des beschlossenen Mischgebietes.

Die erforderlichen naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen werden nicht im Plangebiet sondern nach Möglichkeit in der grünen Mitte vollzogen.

Die Kompensation der Ausgleichsmaßnahmen für den Rödermarkring, die in dem Plangebiet vollzogen wurden, findet nach Möglichkeit ebenfalls in der Grünen Mitte statt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig angenommen
Zustimmung:	CDU (10), AL/Die Grünen (8), SPD (2), FWR (3),
FDP (4)	
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 15.1 Änderungsantrag der SPD-Faktion: Gewerbegebiet "Kapellenstraße"
Vorlage: SPD/0136_1/17

Der Änderungsantrag der SPD-Faktion wurde durch die mehrheitliche Annahme des Hauptantrages obsolet.

zu 16 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Wohnungsbau im Bestand
Vorlage: CAL/0137/17

Der Antrag wird zurückgestellt und in die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

zu 16.1 Neufassung FWR-Änderungsantrag zum CDU/AL-Antrag: "Wohnungsbau im Bestand"
Vorlage: FWR/0137_2/17

Der Änderungsantrag wird zurückgestellt und in die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

Ende der Sitzung: 22:31 Uhr

Für die Richtigkeit:

Susanne Morian
Schriftführerin

Sven Sulzmann
Stadtverordnetenvorsteher

Für die Ausfertigung:

Sandra Mahuletz